

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 153.

Montag, den 4. Juli 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Sozialismus

und die Genossenschaftsbewegung.

II.

Die Genossenschaftsbewegung und die deutsche Sozialdemokratie.

In den sozialreformerischen Wälzern über die Geschichte der Arbeiterbewegung finden wir bei allen möglichen Fragen das immer wiederkehrende Schema: am Anfang war die Sozialdemokratie negierend, revolutionär und lehnte darum jede Betätigung auf praktischem Gebiete ab, später erst um. So wird auch die Geschichte des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Genossenschaftsbewegung dargestellt. Inzwischen bricht dieses Schema in sich zusammen, wenn man nur quellenmäßig das Verhältnis der Partei zu dieser Bewegung verfolgt.

In ihren Anfängen war die Sozialdemokratie nichts weniger als genossenschaftsfeindlich, wie es überhaupt eine Legende ist, daß sie in den Anfängen radikaler war, als später. In seinem Streben, an die schon existierenden Regungen des deutschen Proletariats anzuknüpfen, um sie auf eine höhere Stufe zu heben, hatte Lassalle die Genossenschaftsbewegung, die in den fünfziger Jahren unter dem Einfluß von Schulze-Delitzsch Propaganda zu entstehen begann, zum Ausgangspunkt für seine Agitation genommen. Der Unterschied zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch bestand nur darin, daß Lassalle nicht an die sich damals verbreitende Form des Genossenschaftswesens, die Konsumgenossenschaft, sondern an die Produktivgenossenschaft anknüpfte. Die Ursache hierfür lag nicht nur darin, daß er als Jünger der klassischen Ökonomie und ihrer Fortbildung durch Marx die Gebiete der Produktion als die Quelle der Verklavung des Volkes erkannte, und daß er der irrigen Ansicht war, „wir seien als Konsumenten bereits heute im allgemeinen alle gleich“. Vielmehr wichtiger war der Grund, daß er in der Produktivgenossenschaft das Mittel fand, durch das seine Agitation für das allgemeine und gleiche Wahlrecht mit den ökonomischen Leiden des Proletariats verbinden konnte. Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe als Befreiungsmittel der Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Joche waren der hohe Preis, der der Arbeiterklasse in nicht weiter Ferne winkte und sie zum Kampfe um das Wahlrecht anspornen sollte. Darum konnte er für die Konsumgenossenschaftsbewegung nichts anderes übrig haben, als die Erklärung, es sei „eine ganz falsche Hilfe, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, wo in Wahrheit ihn als Produzenten der Schuh drückt.“ Zwischen dem Verhältnis Lassalles zur Genossenschaftsbewegung und Marx bestand ein sehr bedeutender Unterschied. Beide verbinden die Möglichkeit der Entwicklung von Produktivgenossenschaften — und auch in ihrer Bewertung dieser Form des Genossenschaftswesens waren sie einig — mit der Staatshilfe, während aber Lassalle sich mit der Forderung der Hilfe an den konkreten preussischen Staat wendet, der seiner Meinung nach durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und seinen Kampf mit der Bourgeoisie an der Gewinnung der Massen interessiert werden soll, erwartet Marx ein Aufblühen der Produktivgenossenschaften erst nach der sozialen Revolution. Und derselbe Unterschied bestand zwischen der Auffassung der Lassalleaner und der Eisenacher Richtung, wie sehr auch diese Auffassung unter dem Einfluß der Lassalle'schen allgemeinen Anschauung vom Genossenschaftswesen stand. So schrieb z. B. Karl Hirsch in einer Artikelserie des Volksstaats (1869): Der Staat und das Genossenschaftswesen: Die Mittel für entwicklungs-fähige Produktivgenossenschaften können nur vom Staat aufgebracht werden, aber es wäre ein Irrtum, vom heutigen Staate Hilfe zu erwarten. Sie kann „nur kommen in einer Republik, die das Wohl der großen Masse des Volkes zum Ziele hat, in der sozialdemokratischen Republik“. Dieser Standpunkt wurde später von der gesamten deutschen Sozialdemokratie geteilt, denn nachdem es sich immer klarer gezeigt hatte, daß der preussische Staat die Einigung Deutschlands durch die Bajonette und Kanonen und nicht durch proletarische Arbeiterkäufe durchführen wollte, wandelte Schweitzer in der Agitation über Genossenschaftswesen, der er im Sozialdemokraten manchmal Platz einräumte, den Standpunkt Lassalles in der Weise um, wie ihn die Eisenacher vertraten.

Nachdem auf den Feldern von Königgrätz und Sedan die Ungültigkeit der Charakter des Deutschen Reiches enthüllt worden war, spukte doch noch eine Zeitlang die Hoffnung auf eine nah bevorstehende Ummwälzung der sozialen und politischen Verhältnisse, und so konnte in der Frage des Genossenschaftswesens weiter der zuletzt charakterisierte

Standpunkt von der Partei vertreten werden. Während man also zur Verwirklichung des Gedankens von Produktivgenossenschaften gar nicht schritt, wandte man auch den Konsumgenossenschaften keine Aufmerksamkeit zu. Gewöhnlich steht man den Grund dafür in dem Einfluß der Lassalle'schen Lehren auf die deutsche Arbeiterklasse, der noch lange nach dem Tode des großen Agitators das ganze geistige Leben des deutschen Proletariats beherrschte. In der Konsumgenossenschaftsfrage wurde dieser Einfluß noch von Engels verstärkt, der in einer Artikelserie über die Wohnungsfrage, die er im Volksstaat gegen den proudhonistischen Quacksalber Mühlberger veröffentlichte, die marxistischen Lehre vom Lohn eine fast an Lassalle sich anlehrende starre Form gab, und aus ihr den Beweis führte, daß die Konsumgenossenschaften zur allgemeinen Hebung der Lage der Arbeiterklasse untauglich sind. Es wäre aber falsch und oberflächlich, in diesen Anschauungen den wesentlichen Grund für die Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse den Konsumgenossenschaften gegenüber zu sehen. Die Lehren Lassalles haben nicht verhindern können, daß Lassalleaner Gewerkschaften gründeten, obwohl ihre Mehrheit aus den Lehren Lassalles gewerkschaftsfeindliche Schlüsse zog. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die junge Arbeiterbewegung nur die wichtigsten Posten des Klassenkampfes aus ihren nicht sehr zahlreichen Reihen besetzen konnte. Die schnell aufblühende Industrie und dann die erste Krise nach dem großen Gründungsschwindel mußte die Genossenschaftsbewegung beleben. Die Schläge, mit denen die neudeutsche Reichsherrschaft die Arbeiterklasse regalierte, forderten von ihr eine große Anspannung aller Kräfte auf dem politischen Felde. Die Konsumgenossenschaftsbewegung aber lag zu sehr abseits von den Kämpfen der Arbeiterklasse, als daß sie ihre Blicke hätte auf sich ziehen können. Erst während der Erstarkung der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, das ihr das Lebenslicht auslöschten sollte, sieht man Gründungen von Konsumvereinen durch Sozialdemokraten, wie auch jetzt die Teilnahme an der Kommunalpolitik aufsteigt. Die von der Regierung blutig verfolgte Arbeiterbewegung suchte eben neue Anknüpfungspunkte und für die Organisation neue Aktionsgelegenheit und der in den Kämpfen erweiterte Gesichtskreis der Partei begann die neuen Tatsachen sich anzueignen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Allerhöchste Zufriedenheit.

Wir lesen in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“:

„Man sagt, daß der Kaiser in Kiel Gelegenheit genommen hat, Herrn von Bethmann sein besonderes Vertrauen zum Ausdruck zu bringen, und nach dem Scheiden des Kanzlers und seiner Rückkehr nach Berlin soll der Stimmungshimmel zwischen beiden wolkenlos sein. Wie ferner verlautet, habe allerdings der Kaiser schon vor etwa zwei Monaten seinem lebhaften Unwillen darüber Ausdruck verliehen, wie die Wahlrechtvorlage im Abgeordnetenhause behandelt worden ist. Aber den Hauptteil der Schuld an der ganzen Verworfenheit habe er dem Parlament zugehoben und nicht dem Ministerpräsidenten, wenn auch gegen diesen eine leichte Verstimmung zu verspüren gewesen sei. Durch die glatte Erledigung der Dotationsfrage jedoch hat Herr von Bethmann einen besonderen Stein im Brett bekommen, denn die Krone, die nur mit Besorgnis die unaufschiebbare Angelegenheit in kritischer Zeit vor die Volksvertretung brachte, hat sich auf unerquickliche Debatten gefaßt gemacht. Daß diese Sorge gegenstandslos geblieben ist, hat man dem preussischen Ministerpräsidenten hoch angeschrieben und als ein Resultat seines Tactes betrachtet.“

Man sieht, die Erhöhung der Zivilliste ist ein teurer Spaß. Dem Volke kostet sie 3½ Millionen Mark jährlich mehr und Herrn v. Bethmann trägt sie noch dazu die besondere Zufriedenheit Wilhelms II. ein. Interessant ist, daß selbst Wilhelm II. die Liberalen höher eingeschätzt hat und sich auf „unerquickliche Debatten“ gefaßt gemacht hatte. Die liberale Knechtlichkeit hat also als unmittelbare Folge die Stärkung der Position des Ministerpräsidenten bewirkt.

Regelung des Strafvollzugs.

Seit einiger Zeit sind Arbeiten für eine gesetzliche Regelung des Strafvollzuges eingeleitet worden, wofür die einzelnen Bundesstaaten dem Reichsjustizamt entsprechendes Material zur Verfügung gestellt haben. Vor allem soll die bestehende Konkurrenz der Gefangenearbeit durch neue Bestimmungen nicht etwa beseitigt, sondern nur herabgedrückt werden. Ferner wird voraussichtlich die Hinauschiebung des Straftatbestandes in einer für den Bestraften günstigeren Weise bei der Neuregelung beson-

ders behandelt werden. Dies soll namentlich dann der Fall sein, wenn der Verurteilte vor Eintritt seiner Strafe nachweist, daß er besonders dringende Geschäfte, wie z. B. die Ordnung seiner bürgerlichen Verhältnisse, zu erledigen hat.

Die national-polnischen „Demokraten“ und die Erhöhung der Zivilliste.

Der Generalrat des Demokratisch-Nationalen Vereins in Posen, welcher bekanntlich die politische Organisation des polnischen Kleinbürgertums bildet, veröffentlicht nunmehr in der Angelegenheit der Erhöhung der Zivilliste folgende offizielle Bekanntmachung:

„Gemäß dem Beschluß der Generalversammlung des Demokratisch-Nationalen Vereins vom 12. Juni beschäftigte sich der Generalrat des D. N. V. in der Sitzung vom 23. Juni mit der Stellungnahme der polnischen Fraktion des Landtages gegenüber der Erhöhung der Zivilliste.“

In der Diskussion wurde einstimmig anerkannt, daß das positive Verhalten der Fraktion bezw. einiger ihrer Mitglieder zugunsten der Erhöhung der Zivilliste ein Schritt war, der mit der überwiegenden Ansicht der Nation entschieden nicht rechnet. Indem man von der demonstrativen direkten Abstimmung gegen die Erhöhung der Zivilliste sich fernhielt, sollte man andererseits Rücksicht auf die Gefühle und Anschauungen der Gesellschaft haben, und ohne sich politischen Illusionen hinzugeben, der Abstimmung sich enthalten.

An die demokratischen Abgeordneten hat man den Appell gerichtet, daß sie solche Organisationsverhältnisse in der Fraktion herbeizuführen trachten, damit über die Richtung der Politik der Fraktion der Wille seiner Mehrheit und nicht derjenige von Personen entscheide.“

Die national-polnischen Blätter, welche den Grundfäden des D. N. V. huldigen, preisen diese Bekanntmachung, die in Wirklichkeit nichts als eine Art Drückebergerei darstellt, als eine Tat des politischen Realismus. Die polnischen bürgerlichen „Demokraten“ können nicht begreifen, daß angesichts der Unterdrückungspolitik der preussischen Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung eine wirklich real aufgefaßte Politik gebieten würde, die Gelegenheit der Erhöhung der Zivilliste auszunutzen, um einer solchen Regierung das Mißtrauen durch mannhafte Verwerfung der Erhöhung der Zivilliste auszudrücken. Die polnischen Volksmassen würden ein solches, einzig richtiges Verhalten voll auf verstehen und ihm nur Beifall zollen. Selbstverständlich würde es den polnischen Schlachzigen nicht in ihren Kram passen, die es mit der preussischen Regierung, welche doch ihre Klasseninteressen so vortrefflich durch Agrarzölle beschützt, nicht verderben möchten. Die national-polnischen „Demokraten“ haben aber keinen Mut zu einem grundsätzlichen und entschiedenen Kampf gegen das Schlachzigentum. Sie ziehen es vor, auf zwei Stühlen zu sitzen, obgleich die nationale Ehre ihnen gebieten sollte, dem Feinde mit offenem Schilde gegenüberzutreten.

Konservativer Nummer.

In der „Kreuzzeitung“ schüttelt ein Konservativer sein bekümmertes Herz in einem Leitartikel darüber aus, daß „jetzt auf dem Lande nicht nur die Arbeiter, sondern auch manche kleinere, selbst mittlere Besitzer allmählich mit dem Wählen von Sozialisten beginnen. Diese Leute haben noch Vaterlandsliebe, haben auch noch Religion, von den sozialistischen Ideen wollen sie einstweilen noch nicht viel wissen, und doch erklären sie, daß sie einen sozialistischen Wahlzettel schon abgegeben haben oder bei den nächsten Wahlen abgeben wollen; sie müssen für diese auffallende Erscheinung zweifellos tiefere Gründe haben. Das ist ja von vornherein klar, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse es sind, welche ungemein viel Unzufriedenheit schaffen. Das Schwergewicht dieser Ursachen liegt zweifellos in den hohen Steuerlasten.“

Soweit ganz richtig geraten. Aber der Konservative steht merkwürdigerweise nichts von den hohen Steuerlasten, die Junker und Pfaffen im holden Verein bis zur Grenze der Unerträglichkeit aufgebürdet haben; er will allein die hohen Kommunalsteuern dafür verantwortlich machen: „Die Hauptschuld daran tragen die Städte. Es ist heute eine fast krankhafte Sucht der Städte geworden, fortwährend neue Werke für Beleuchtung und Wasser nicht nur zu gründen, sondern ganz besonders durch die Kanalisationen die Schulden und die Steuerlast ins Ungeheure zu schrauben. Die Kanalisationswerke sind die teuersten. Nach seinen Feststellungen werden in diesem Jahre etwa 20 millere und kleine ostdeutsche Städte Kanalisation anlegen und das drängt ihn zu der Frage: „Brauchen diese kleinen Städte von 4000 bis 15 000 Einwohnern überhaupt Kanalisation? Wir haben blühende Städte von 20 000 bis 50 000 Einwohnern, die heute ein gebiegenes Abwehrmessen aber noch keine Kanalisation haben; was sollen also diese kleinen

